

Kims Raketen

Wie Nordkorea trotz Embargos sein Waffenarsenal aufbauen konnte. **Seite 6**



Auf Pille tanzen

Berliner Senat befragt Partygänger zu Drogenkonsum. **Seite 11**

Foto: iStock/portokalis



Karneval in Trinidad

Intensiver Körperkontakt auf den Straßen, Haifisch-Nuggets und einsame Buchten erwarten Reisende bei einem Trip auf die Karibikinsel. **Seite 20**

Foto: nd/Moritz Wichmann

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 8. Februar 2018

73. Jahrgang/Nr. 33

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Studie: Mehr Familien arm als gedacht

Bertelsmann-Stiftung legt neue Berechnung vor

Gütersloh. Familien sind finanziell häufig schlechter gestellt als bisher angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung. Besonders bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien ist das Armutsrisiko demnach größer als bislang gedacht.

Forscher hätten durch eine neue Berechnungsmethode festgestellt, »dass vor allem arme Familien bisher reicher gerechnet wurden, als sie tatsächlich sind«, erklärte die Bertelsmann-Stiftung. Zudem habe sich von 1991 bis 2015 die Einkommensschere zwischen wohlhabenden und armen Familien viel stärker auseinanderentwickelt als bislang angenommen, so die Studie.

Nach Angaben der Stiftung kamen die Autoren der Bochumer Ruhr-Universität zu dem Schluss, dass die bisherigen Berechnungsmethoden die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit von Eltern nicht berücksichtigten. Sie setzten pauschal immer dieselben Mehrkosten für Kinder an. Für ärmere Familien sei dieselbe Belastung allerdings »im Verhältnis größer als für wohlhabende Familien«. Nach der neuen Berechnung war 2015 rund jedes achte Paar mit einem Kind armutsgefährdet, rund jedes sechste Paar mit zwei Kindern und fast jedes fünfte mit drei Kindern. Vor allem die Situation von Alleinerziehenden sei bislang zu positiv eingeschätzt worden. Bei ihnen liege die Armutsrisikoquote nach der reformierten Methode bei 68 Prozent, während sie nach früheren Berechnungen nur 46 Prozent betragen habe. *Agenturen/nd*

UNTEN LINKS

In Ostasien lebt eine Käferart, Pheropsophus jessoensis, der es gelingt, sich aus dem Inneren des Feindes, zumeist einer Kröte, durch heftiges Pupsen zu befreien. Der sogenannte Bombardierkäfer, ist er erst einmal in den Magen des Frosches gelangt, stößt dabei durch kräftiges Drücken sein Hinterteil ab und katalysiert sich so in die Freiheit. Im Magen der Kröte ist ein vernehmbarer Knall zu hören. Der Käfer hatte zuvor eine hochgiftige Flüssigkeit ausgestoßen, die den Krötenmagen derart reizte, dass das Tier sich windet und quält, letztendlich aber den Käfer wieder freigibt. In der modernen Politikwissenschaft ist das Phänomen der Befreiung aus angeblichen Schicksalskoalitionen als Kühnert-Axiom bekannt. Jusochef Kevin Kühnert prägte den Begriff, indem er den Leitspruch für den Umgang mit der CDU herausgab, der auch für den kommenden Mitgliederentscheid gilt: Heute einmal ein Bombardierkäfer sein, um künftig wieder Kröte sein zu können. *cod*

Notnagelkoalition steht

GroKo-Unterhändler einigen sich auf 177 Seiten Vertrag und keinen Neubeginn



Zuständig fürs Regierungsbilden: die SPD-Politiker Manuela Schwesig, Malu Dreyer, Martin Schulz, Andrea Nahles, Carsten Schneider, Olaf Scholz und Lars Klingbeil

Foto: dpa/SPD



Horst Seehofer, zuständig für Heimat

Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka



Angela Merkel, zuständig für alles

Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

Von Uwe Kalbe

Von einer Großen Koalition in Deutschland zu verlangen, dass sie ihre Richtung ändert, wäre wohl ähnlich viel verlangt wie einen Gletscher zur Umkehr aufzufordern. Das zeigt der Koalitionsvertrag für die kommenden noch reichlich dreieinhalb Jahre, auf den sich die Unterhändler von CDU, CSU und SPD in einer 24-stündigen Schlussrunde am Mittwoch schließlich geeinigt haben. Die zur Koalition nunmehr entschlossenen Teilnehmer bekennen sich nach monatelanger demonstrativer Distanz zu ihrer Mission, der Fortsetzung ihrer in zwölf Jahren erprobten gemeinsamen Regierungsarbeit. Es war ja nicht alles schlecht ...

Im Vertrag loben sich die Koalitionäre selbstbewusst für ein Deutschland, dessen Zustand sie sich zugute halten und den sie selbstverständlich weiter verbessern wollen. Sie räumen ein, dass ihnen die gute Konjunkturlage dabei hilft, diesen Eindruck auch materiell zu untermauern. So klingt es, wenn einem der eigene Kurs als alternativlos gilt.

Wie ist der Vertrag zu bewerten, konnte man mehr erwarten oder musste man mehr befürchten? Das Urteil richtet sich wie immer nach dem Standort des

Betrachters. Arbeitgeberverbandschef Ingo Kramer beklagte eine »dramatische Verschlechterung« gegenüber der Sondierungsvereinbarung. Arme Wirtschaft! Die Linkspartei auf der anderen Seite bemängelt, dass die großen Probleme des Landes von dieser »gelangweilten Koalition« kurzerhand liegen gelassen würden. Wachsende Ungleichheit im Lande werde die Folge sein.

Das nennt man dann wohl einen typischen Kompromiss, gemessen an der Arithmetik der Urteile. Ihre Warnung, dass letzte schmerzhaft Kompromisse warteten, hatte Kanzlerin Merkel vor der letzten Verhandlungsrunde offenkundig auch an die eigenen Reihen gerichtet. Zumindest machtpolitisch zeigte sie sich großzügig; die SPD erhält sechs Ressorts und damit ein Ministerium mehr als bisher, darunter das schwergewichtige Finanzministerium, was angesichts ihres Wahlergebnisses eine großzügige Höherstufung ist. Auch die CSU kann sich glücklich schätzen. Für CSU-Chef Seehofer muss Thomas de Maizière das Innenministerium räumen, das unter bayerischer Direktion künftig den Zusatztitel »Heimatministerium« erhält und auch für das Bauwesen zuständig ist. Die CDU begnügt sich mit fünf Ministerien plus Kanzleramt.

Im Vertrag, der den stolzen Umfang von 177 Seiten aufweist, finden sich dank der gegenseitigen Neutralisierung der Partner gleichzeitig schlimmere Auswüchse verhindert – und wirkliche Verbesserungen auch. Das kommt heraus, wenn man nur regiert, weil andere nicht wollten oder konnten, Jamaika gescheitert war. Die Koalitionäre selbst

Martin Schulz erspart sich nun auch die angekündigte Erneuerung seiner Partei.

räumen Reformbedarf ein, so in der EU. Ein wirklicher Kurswechsel ist jedoch nicht vermerkt. Und so hört man den vielen Kritikern nun auch den Unmut über absehbar weitere verschwendete Jahre an – die Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahren wird nicht angerührt, geschweige denn umgekehrt, die Klimaziele für 2020 sind abgesetzt. Aussicht auf einen Kurswechsel in der Rüstungspolitik gibt es nicht.

Und die Themen, zu deren Nachverhandlung ein Parteitag

die SPD-Führung dringend aufgefördert hatte? Sind sie wenigstens umgesetzt? Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wird nicht beendet, sie soll eingeschränkt werden, die Bürgerversicherung kommt nicht, eine Kommission soll bis Ende 2019 eine Lösung für die unterschiedliche Bewertung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung präsentieren. »Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, wird danach entschieden.« Dies ist schwerlich ein Erfolg. Ebenso, wie der Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge als drittes Herzensthema der SPD nicht über das von der Basis abgelehnte Maß hinausgeht, das die Sondierungsvereinbarung vorsah.

Angesichts dessen erspart SPD-Chef Martin Schulz sich nun auch die angekündigte Erneuerung seiner Partei. Er soll Außenminister werden. Andrea Nahles, Fraktionschefin im Bundestag, solle auch den Parteivorsitz übernehmen, hieß es. Das ist mutig von Schulz, wenn man den Mitgliederentscheid bedenkt, den der Koalitionsvertrag noch passieren muss. Oder das Gegenteil. In jedem Fall ist die Zustimmung der Basis alles andere als ausgemacht. Rund 24 000 Neumitglieder könnten ein Menetekel für die Führung sein. *Seiten 2 und 3*

Derzeit stärkste Rakete gestartet

Ziel der »Falcon Heavy« ist eine Umlaufbahn um die Sonne

Cape Canaveral. Die derzeit stärkste Träger Rakete der Welt ist zu ihrem Jungfernflug gestartet. Die 70 Meter lange »Falcon Heavy« der privaten US-Raumfahrtfirma SpaceX hob am Dienstagmittag (Ortszeit) unter riesigem Jubel vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral ab. Ziel der Schwerlasttraverse ist eine Umlaufbahn um die Sonne, die in Teilen in der Nähe des Mars entlang führt.

Der Start der Rakete verlief problemlos – ein Riesenerfolg für SpaceX. Firmengründer Elon Musk hatte im Vorfeld von einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit gesprochen, dass die Rakete explodieren könnte. Deshalb flog auch keine echte Nutzlast. Musk ließ stattdessen ein Elektroauto seiner Firma Tesla ins All schießen. Im Verlauf des Dienstags war der Start wegen starker Winde in Cape Canaveral zweimal verschoben worden.

Mehr Last als die »Falcon Heavy« konnten die Mondraketen »Saturn V« (USA) und N-1 (UdSSR) sowie die ebenfalls sowjetische »Energija« tragen – doch die fliegen allesamt nicht mehr. *AFP/nd* *Kommentar Seite 4*

Amtsverlust nach Nazivergleich

Polnischer PiS-Politiker als EU-Parlamentsvize abgewählt

Straßburg. Der wegen eines Nazivergleichs und Beleidigungen umstrittene polnische Vizepräsident des EU-Parlaments, Ryszard Czarnecki, muss seinen Posten räumen. Die Europaabgeordneten stimmten am Mittwoch mit der nötigen Zweidrittelmehrheit für die Absetzung des nationalkonservativen Politikers. Es ist das erste Mal in der Geschichte des EU-Parlaments, dass ein Amtsträger nach Artikel 21 der Geschäftsordnung abgewählt wurde.

Czarnecki, Politiker der nationalkonservativen polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), war mit Hetze gegen die liberalkonservative polnische Europaabgeordnete Róża Thun in die Kritik geraten. Er hatte sie mit einem »Szmalcownik« verglichen. Der Begriff bezeichnet in Polen Nazi-Kollaborateure, die Juden an die deutschen Besatzer verrieten oder polnische Beschützer von Juden erpressten. Die Fraktionsvorsitzenden mehrerer Europa-Parteien hatten daraufhin Czarneckis Absetzung gefordert. *dpa/nd* *Kommentar Seite 4*

Warnung vor Börsenturbulenzen

US-Steuersenkungen als Risiko

Düsseldorf. Die Kursstürze an den Aktienmärkten in den vergangenen Tagen könnten nach Ansicht von Ökonomen Vorboten größerer Probleme sein. Zehn Jahre nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise scheine das Bewusstsein zu schwinden, dass schwach regulierte Finanzmärkte eine große Gefahr für die globale Wirtschaft bedeuten, erklärte das Wirtschaftsforschungsinstitut IMK der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Sinnvolle Regeln drohen sogar aufgeweicht zu werden, etwa in den USA.

Kritisch sehen die Autoren des IMK-Finanzmarktberichts etwa die Steuererleichterungen von US-Präsident Donald Trump. Davon profitierten vor allem Unternehmen und Reiche, die das Geld oft nicht produktiv investierten, sondern am Finanzmarkt anlegten. Dadurch könnten Blasen entstehen. Wenn diese platzen, wären die Folgen laut IMK-Direktor Gustav ungleich verteilt: »Eine lang andauernde Rezession schädigt Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die auf ihre Arbeit angewiesen sind, oft weitaus stärker als reiche Anleger.« *AFP/nd*

ISSN 0323-3375



4 198662 501709